

Wikileaks: Macht und Verantwortung

In der September-Ausgabe der „Blätter“ zeigte Marc Thörner, wie Wikileaks mit der jüngsten Veröffentlichung der „Afghanistan War Logs“ ein beispielloser Mediencoup gelang. Dieser Erfolg wirft jedoch die Frage auf: Wer steckt eigentlich hinter Wikileaks? **Von Daniel Leisegang**

Wikileaks definiert sich als „Open-Source-Nachrichtendienst“. Der Ausdruck „Wiki“ ist dabei an die Mitmach-Enzyklopädie Wikipedia angelehnt; der Begriff „Leak“ bezeichnet im Englischen eine undichte Stelle. Der Name ist Programm: Jeder kann Wikileaks geheime Informationen übergeben. Dabei garantiert die Organisation seinen Informanten vollkommene Anonymität. Nicht einmal die Projektverantwortlichen erfahren – dank aufwendiger Verschlüsselungsvorkehrungen – deren Identität.

Die Organisation betont, dass sie sämtliche Dokumente, die ihr zugespielt werden und die sie als authentisch einschätzt, auch veröffentlicht; Ziel sei das Aufdecken „unethischen Verhaltens in Regierungen und Unternehmen“. Eine darüber hinausgehende politische Agenda bestreiten die Aktivisten: Gegenüber Medien bezeichnen sie sich gerne als „Anarchisten“, die vor allem für die gesellschaftlich Unterdrückten eintreten möchten – ohne sich in ein nach eigenen Angaben „ohnehin überholtes“ Schema von rechts und links einzwängen zu lassen.¹

Trotz dieser Betonung politischer Neutralität gehen die Bewertungen der Ziele von Wikileaks weit auseinander. Befürworter sehen in der Organisation

eine Art Robin Hood des Informationszeitalters. In den Augen der Gegner ist Wikileaks hingegen ein unberechenbarer und unkontrollierbarer Akteur, dessen Veröffentlichungen Aktienkurse in den Keller rasen lassen oder Regierungen stürzen können. Tatsächlich hat Wikileaks mit seinen Veröffentlichungen in kürzester Zeit den Zorn mächtiger Feinde auf sich gezogen, unter ihnen die Sekte Scientology, Schweizer Privatbanken, afrikanische Diktatoren und nicht zuletzt das Pentagon.

Seine Schlagkraft erlangt Wikileaks indes mit vergleichsweise geringen Mitteln: Gerade einmal fünf Aktivisten kümmern sich um die Organisation; Unterstützung erhalten sie je nach Bedarf aus einem Pool von weltweit rund 800 ebenfalls ehrenamtlich tätigen Freiwilligen.² Mit Hilfe dieser zentralistischen Organisationsstruktur hat Wikileaks seit seiner Gründung im Jahr 2006 bereits 1,2 Mio. Dokumente veröffentlicht.

Für die Publikationspolitik von Wikileaks reklamiert Julian Assange, der führende Kopf der Organisation, den Status „wissenschaftlichen Journalismus“: Wikileaks stelle der Öffentlichkeit – im Gegensatz zum klassischen Tagesjournalismus – verifizierte und daher glaubwürdige Quellen zur Verfügung, anhand derer beispielsweise

1 Vgl. www.zeit.de/digital/internet/2009-12/wikileaks-daniel-schmitt.

2 Vgl. „die tageszeitung“ (taz), 27.7.2010.

der Wahrheitsgehalt von Nachrichtenmeldungen oder die Transparenz von Regierungshandeln überprüft werden könne.³

Der engagierte Einsatz für mehr Transparenz steht jedoch im krassen Widerspruch zu der eigenen Öffentlichkeitsarbeit von Wikileaks: Denn viel mehr als diese vagen Informationen gibt die Organisation über ihre internen Strukturen nicht preis. Zwar dient dieses Stillschweigen auch dem Schutz des eigenen Projekts. Zugleich ist für Außenstehende damit aber nicht nachvollziehbar, wie unabhängig die Aktivisten tatsächlich über Veröffentlichung und Zeitpunkt eingereichter Geheimdokumente entscheiden.

Hierdurch gerät Wikileaks in Konflikt zu den eigenen Wertmaßstäben. Denn der Anspruch totaler Transparenz ist mit der vollkommenen Anonymität derer, die sie herbeiführen möchten, nur schwer zu vereinbaren.⁴ Stattdessen erwarten die Aktivisten, dass die Bürgerinnen und Bürger den angeblichen Wächtern der Wahrheit blind vertrauen, auch wenn diese selbst keiner öffentlichen Kontrolle unterliegen.

Hinzu kommt, dass sich die fehlende Transparenz ironischerweise gegen Wikileaks selbst wenden könnte. Denn gerade weil die Aktivisten stets betonen, keine dezidiert politische Agenda zu verfolgen, müssen sie sich umso mehr fragen lassen, wem ihre Veröffentlichungen zugute kommen. Früher oder später wird das interne „Peer-Review“-Verfahren sehr wahrscheinlich aufgrund des strikten Quellenschutzes einer Fälschung aufsitzen. Vor allem ist Wikileaks nicht davor gefeit, selbst zum Spielball in den politischen Auseinandersetzungen zu werden.

So wurde Wikileaks im November letzten Jahres gezielt die E-Mail-Kommunikation der umstrittenen Klimaforscher der *Climatic Research Unit* der University of East Anglia zugespielt –

offenbar mit der Absicht, in der Öffentlichkeit den Verdacht zu schüren, Temperaturmessungen zum Nachweis des Klimawandels seien manipuliert worden.⁵ Auf diese Möglichkeit angesprochen, verweisen die Aktivisten stets auf die oberste Priorität, glaubwürdig zu bleiben und *sämtliche* zugespielten und für authentisch befundenen Inhalte ungefiltert zu veröffentlichen.

» Wikileaks Streben nach unbedingter Wahrheit ignoriert die Folgen des eigenen Handelns «

Auch wenn das Streben nach unbedingter Wahrheit auf den ersten Blick konsequent erscheint, ignoriert es zugleich doch unerbittlich die Folgen des eigenen Handelns. Das wird nicht zuletzt an den ethischen Kriterien des Journalismus deutlich, mit denen sich Wikileaks gerne schmückt. Denn dem Journalisten ist die Herkunft der ihm zugespielten Informationen in der Regel bekannt. Daher kann und sollte er nicht nur Rückschlüsse auf die Motive des Informanten ziehen, sondern zugleich folgenschwere Publikationsentscheidungen abwägen, um diese am Ende auch gegenüber Dritten verantworten zu können.

Einer solchen Verantwortung entziehen sich die Wikileaks-Aktivisten – mit fatalen Folgen insbesondere dann, wenn es bei den Veröffentlichungen zu „Kollateralschäden“ kommt. Und diese werden bisweilen sogar bewusst in Kauf genommen: So haben Menschenrechtsorganisationen Wikileaks dafür kritisiert, in den jüngst publizierten Kriegsberichten die Namen afghanischer Zivilisten nicht vollständig getilgt zu haben. Amnesty International befürchtet daher, dass es in der Folge zu Vergeltungsmaßnahmen durch die Taliban kommen könnte.⁶

3 Vgl. „Der Spiegel“, 30/2010.

4 Vgl. Farhad Manjooh, The WikiLeaks Paradox, www.slate.com/id/2262066.

5 Vgl. taz, 23.11.2009.

6 Vgl. „Huffington Post“, 10.8.2010.

In der Tat räumte Wikileaks freimütig ein, die Identität „Schuldiger“ gezielt veröffentlicht zu haben. Beispielsweise sei, so Julian Assange, der Name des Leiters eines afghanischen Radiosenders nicht unkenntlich gemacht worden, da dieser sich von der US-Armee habe bestechen lassen, pro-amerikanische Berichte zu senden.⁷

Offenbar macht Assange keinen Unterschied zwischen der Veröffentlichung geheimer Wirtschaftsvereinbarungen innerhalb eines Rechtsstaats (wie beispielsweise der Toll-Collect-Verträge) und der Verbreitung von Geheimdienstinformationen in einem Kriegsgebiet, die den dortigen Konflikt schüren könnten. Entscheidend aber ist, dass sich Wikileaks zum Richter über die Schuld von Einzelpersonen aufschwingt – und auf diese Weise selbst zum Kombattanten wird, wenn die unfreiwillig ans Licht Gezeigten vor aller Augen an den Pranger gestellt werden und dadurch – im schlimmsten Fall – am Ende gar mit ihrem Leben bezahlen.

» Die Philosophie der Transparenz wird zum einträglichem Geschäft «

Damit aber nicht genug: Denn fortan sollen die „Leaks“ obendrein noch gewinnbringend vermarktet werden.

Nach eigenen Angaben hat Wikileaks seit Anfang dieses Jahres mehr als eine Mio. US-Dollar an Spendengeldern gesammelt – und damit weit mehr als die erforderlichen 200 000 Euro, welche die operativen Mindestkosten eines Jahres decken.⁸ Finanzielle Sorgen muss sich Wikileaks somit derzeit nicht machen. Allerdings gibt die Organisation ebenfalls nicht preis, aus welchen Quellen die finanziellen Zuwendungen stammen.⁹

Fest steht hingegen, dass die hohen Spendeneinnahmen nicht zuletzt mit Hilfe spektakulärer Veröffentlichungen erzielt wurden. Für besonders große Aufmerksamkeit sorgte das im April d.J. veröffentlichte 18minütige Video „Collateral Murder“. Es zeigt, wie elf Zivilisten, darunter zwei Journalisten der Nachrichtenagentur Reuters, durch einen Helikopter der US-Armee beschossen und getötet werden. Die Aufsehen erregende Veröffentlichung zahlte sich für Wikileaks auch finanziell aus: Innerhalb weniger Tage flossen mehr als 150 000 Euro auf das Spendenkonto der Organisation.

Mit Erfolgen dieser Art droht Wikileaks jedoch mehr und mehr in den Sog einer „Aufmerksamkeitsökonomie“ zu geraten, die zulasten der postulierten Neutralität geht. So entschied sich Julian Assange bei der Publikation des Videos bewusst für den reißerischen Titel „Collateral Murder“, der sich an die euphemistische Bezeichnung „collateral damage“ (Kollateralschaden) anlehnt. Der Titel „Permission to Engage“ („Erlaubnis zum Angriff“) hingegen wurde verworfen, um eine stärkere mediale Wirkung zu erzielen.¹⁰

Diese Begründung erinnert eher an die verkaufsfördernden Methoden der Regenbogenpresse als an wissenschaftlichen Journalismus. Ungeachtet dessen sagt Assange euphorisch ein „neues Finanzierungsmodell für Journalismus“ voraus – und denkt bereits darüber nach, brisante Informationen vorab exklusiv an höchstbietende Medienpartner zu verkaufen.

Wenn aber die Kombattantenschaft zukünftig auch noch als Sensationsmeldung an den Meistbietenden verkauft werden soll, droht die Philosophie der Transparenz Geschäftszielen untergeordnet zu werden – und damit Wikileaks hehre Ziele zusätzlich ad absurdum zu führen.

7 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 26.8.2010.

8 Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8.6.2010.

9 Vgl. „Wall Street Journal“, 23.8.2010. Aller-

dings hat Wikileaks für die Zukunft bereits eine transparentere Buchhaltung angekündigt, vgl. SZ, 6.8.2010.

10 Vgl. „The New Yorker“, 7.6.2010.